

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4323 –

Heimische Holzenergie mobilisieren – Importabhängigkeit des deutschen Wärmemarktes reduzieren

A. Problem

Die Fraktion der AfD bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die nachhaltige Waldbewirtschaftung, bei der das Waldökosystem mit allen seinen Leistungen dauerhaft erhalten bleibt, und die konsequente Kaskadennutzung von Holz die Garanten effizienter Holznutzung sind. Dazu zählt gemäß der Antragsteller mit Verweis auf Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) auch die bedarfsgerechte energetische Holzverwendung. Holz ist für die Fraktion der AfD ein nachwachsender Energieträger und eine bedeutende heimische Energiequelle.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, gemeinsam mit den Ländern eine Schätzung über die vorhandenen Vorräte der holzartigen Biomasse zur energetischen Nutzung in Deutschland zu erarbeiten, welche getrennt nach Qualität und Quantität, Sicherung der Bodenfruchtbarkeit sowie Berücksichtigung der unterschiedlichen Verwertungswege (Waldrestholz, Industrierestholz, Altholz im Sinne der Kaskadennutzung) erfolgt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4323 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2022

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Isabel Mackensen-Geis
Berichterstatterin

Dr. Oliver Vogt
Berichterstatter

Christina-Johanne Schröder
Berichterstatterin

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Isabel Mackensen-Geis, Dr. Oliver Vogt, Christina-Johanne Schröder, Karlheinz Busen, Peter Felser und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 66. Sitzung am 10. November 2022 den Antrag auf **Drucksache 20/4323** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die nachhaltige Waldbewirtschaftung, bei der das Waldökosystem mit allen seinen Leistungen dauerhaft erhalten bleibt, und die konsequente Kaskadennutzung von Holz die Garanten effizienter Holznutzung sind. Dazu zählt gemäß der Antragsteller mit Verweis auf Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) auch die bedarfsgerechte energetische Holzverwendung. Holz ist für die Fraktion der AfD ein nachwachsender Energieträger und eine bedeutende heimische Energiequelle. Die Antragsteller führen in der Begründung ihres Antrags ergänzend aus, dass für die Mobilisierung zusätzlicher erneuerbarer Energie aus Holz eine florierende Holzindustrie wichtig ist. Je mehr Holz in Deutschland zu hochwertigen Produkten verarbeitet wird, desto mehr Nebenprodukte fallen nach Aussage der Fraktion der AfD für die energetische Verwertung an.

Die Antragsteller erklären mit Verweis auf Angaben der FNR, dass Holzenergie, der überwiegende Teil davon aus Alt- und Restholz aus Kaskadennutzung, zu etwa 5 Prozent zum gesamten deutschen Endenergieverbrauch beiträgt und im Wärmemarkt den wichtigsten Beitrag der in den Worten der Antragsteller sogenannten Erneuerbaren Energien leistet. Die Nutzung des biogenen Energieträgers Holz ersetzt nach Aussage der Fraktion der AfD fossile Energieträger wie Kohle und Erdgas und verringert damit für sie die Importabhängigkeit des deutschen Wärmemarktes.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. gemeinsam mit den Ländern ein Konzept zur Mobilisierung von Holzenergie in Klein- und Kleinstprivatwäldern zu erarbeiten und dabei ein digitales Waldmonitoring zu etablieren und die beratenden forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu stärken;
2. gemeinsam mit den Ländern eine Schätzung über die vorhandenen Vorräte der holzartigen Biomasse zur energetischen Nutzung in Deutschland zu erarbeiten, welche getrennt nach Qualität und Quantität, Sicherung der Bodenfruchtbarkeit sowie Berücksichtigung der unterschiedlichen Verwertungswege (Waldrestholz, Industrierestholz, Altholz im Sinne der Kaskadennutzung) erfolgt;
3. auf den Verzicht bzw. auf Regulierungen zur Reduktion eines weiteren Ausbaus von Windindustrieanlagen im Wald hinzuwirken;
4. im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine unbürokratische „Holzbauoffensive“ auf den Weg zu bringen und damit regionale Holzwertschöpfungsketten unter Einhaltung der Kaskadennutzung zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 37. Sitzung am 30. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/4323 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 27. Sitzung am 30. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/4323 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 43. Sitzung am 30. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/4323 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/4323 in seiner 24. Sitzung am 30. November 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, sie könne sich den Ausführungen der Fraktion der FDP voll und ganz anschließen. Der Antrag der Fraktion der AfD erwecke den Eindruck, dass er vom Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für die 20. Wahlperiode „abgeschrieben“ worden sei. Das sei eine Bestätigung dessen, dass die Genannten im Koalitionsvertrag insbesondere den Teil über den Wald, z. B. die Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse oder die Holzbauoffensive, gut hinbekommen hätten. Es gebe im Antrag der Fraktion der AfD zudem Forderungen, die „zusammengestückelt“ auftauchten. Die Fraktion der SPD stehe zur nachhaltigen Forstwirtschaft. Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, seien großflächige Stilllegungen nicht geplant. Es sei ihr vor allem wichtig, die Kleinstwaldbesitzenden in die aktive Bewirtschaftung zu bekommen. Erstaunlich sei es, dass in dem Antrag der Fraktion der AfD das Wort „Klimawandel“ oder „Klima“ generell nicht stattfinde sowie die ökonomische als auch die ökologische Waldkrise keine Erwähnung finde, sondern sogar vom guten Zustand des Waldes gesprochen werde. Das sei in Anbetracht der großen Herausforderungen, welche die Fraktion der AfD das eine oder andere Mal in ihrem Antrag erwähne, schwierig nachzuvollziehen. Generell hätten die Ansprüche und Erwartungen an die Wälder immer weiter zugenommen. Die Politik werde sich beim Bundeswaldgesetz (BWaldG) damit auseinandersetzen müssen, wie sie der gesamten wirtschaftlichen Nutzung, aber auch den gesellschaftlichen Ansprüchen, gerecht werden könne. Die Thematik des Umgangs der zukünftigen energetischen bzw. thermischen Holznutzung sei in den im Oktober 2022 von der Bundesregierung veröffentlichten Eckpunkten für eine nationale Biomassestrategie bereits adressiert worden. Auf der Veranstaltung „Charta für Holz 2.0 im Dialog“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) am 29. November 2022 wäre dargelegt worden, dass derzeit nur 28 Prozent des Laubholzes in die stoffliche Nutzung gingen und damit 72 Prozent verfeuert würden. Diese Zahlen machten deutlich, dass das nicht die Zukunft sein könne. Die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wollten daher mit ihrer Holzbauintiative den wertvollen nachwachsenden Rohstoff Holz und den darin gebundenen Kohlenstoff langfristig im Gebäudebereich binden und damit das Klima schützen. Dass Holz derzeit vorwiegend verfeuert werde und als CO₂ wieder in die Luft komme, mache wenig Sinn. Das komplexe Thema der Nutzung der Holzenergie werde in dem Antrag der Fraktion der AfD nicht adäquat abgebildet.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, es sei erfreulich, dass die Fraktion der AfD in der Begründung ihres Antrages direkt zu Beginn „klipp und klar“ den relativ guten Zustand des Waldes in Deutschland anerkenne. Das sei das Ergebnis einer guten und nachhaltigen Bewirtschaftung durch die vielen Waldeigentümer und Förster sowie einer nachhaltigen Waldpolitik. Das im Antrag der Fraktion der AfD benutzte diesbezügliche „Zitat“ stamme nicht von ihr, sondern könne in einer Broschüre des BMEL, die von dessen Homepage heruntergeladen werden könne, nachgelesen werden. Damit erkenne die Fraktion der AfD freundlicherweise an, dass in den 16 Jahren bis 2021 die Forstpolitik der unionsgeführten Bundesregierung einen entsprechenden Anteil an dem heutigen Zustand des Waldes habe. Die ökologisch nachhaltige energetische Nutzung, d. h. die energetische Holzrohstoffverwendung, habe sich von 25 Millionen (Mio.) Kubikmeter im Jahre 2002 auf rund 65 Mio. Kubikmeter im Jahre 2013 mehr als verdoppelt. Auch der Anteil an erneuerbaren Energien am Wärmemarkt sei von 2005 bis 2021 um mehr als 100 Prozent angestiegen. Die Leitlinie einer erfolgreichen Forstpolitik wäre stets gewesen, dass Wald- und Forstsystem als Ganzes betrachtet würden. So fehle im Antrag der Fraktion der AfD z. B. das gesamte Thema Laub. Alleine außerhalb der deutschen Wälder fielen in den Kommunen jährlich etwa 750 000 Tonnen (t) Laub

an. Deswegen sei von der unionsgeführten Bundesregierung in der vergangenen (19.) Legislaturperiode gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik ein entsprechendes Forschungsprojekt aufgelegt worden, um hier einen Stoffkreislauf mit abschließender energetischer Verwertung zu etablieren. Ganzheitliche Betrachtung bedeute auch, dass die abschließende energetische Nutzung von Holz im Rahmen einer Kaskadennutzung stets eine treibende Kraft der bisherigen Forstpolitik gewesen wäre. In ihrem Antrag greife die Fraktion der AfD zwar einige wichtige Punkte auf. Leider fehle der Fraktion der CDU/CSU aber der notwendige Weitblick, auch mit Blick auf das Thema Innovation und ganzheitliche Betrachtung. Den Punkt, inwiefern weniger Windenergieanlagen die Importabhängigkeit des deutschen Wärmemarktes reduzieren sollen, wo Wärmepumpen als besonders nachhaltige Heizform doch auf Strom angewiesen seien, müsse die Fraktion der AfD nochmals erklären. Der Antrag der Fraktion der AfD greife einige positive Punkte auf, aber ginge insgesamt – Stichwort Innovationen – nicht weit genug.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, was die thermische Nutzung von Holz angehe, gebe es zum Wärmen von u. a. Wohnungen bessere Lösungen. Holz thermisch zu nutzen, müsse immer am Ende einer Kaskade stehen. Das könne z. B. bei sehr alten oder allein stehenden Immobilien sinnvoll sein. Es existierten insgesamt wesentlich bessere Lösungen, wie z. B. die kommunale Wärmeplanung oder Wärmepumpen, die dazu führten, dass in Deutschland die Wärmewende herbeiführt werden könne. Zukünftig benutzt werden sollten moderne Holzvergaser, bei denen Strauchschnitt, d. h. u. a. Pflanzenhecken, zum Einsatz kämen. So könnten z. B. moderne Holzvergaser ein ganzes Gewerbegebiet versorgen. Holz auf die Art und Weise thermisch zu verwenden, wie es die Fraktion der AfD in ihrem Antrag darlege, sei nicht sinnvoll. Die im Antrag der Fraktion der AfD geforderte Holzbaustrategie werde bereits gemeinsam vom BMEL und dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) vorangetrieben. Die Holzbaustrategie sei deswegen so wichtig, weil Holz insbesondere leicht sei. Mit ihm könnten in bereits verdichteten Gebieten Häuser weiter aufgestockt werden. Holz sei insgesamt ein sehr wichtiger Baustoff. Wieviel Holz in Deutschland zur Verfügung stünde, könne regelmäßig im Rahmen der Bundeswaldinventur gesehen werden. Gerade deswegen sei es wichtig, keine thermische Nutzung in hohem Maße zu ermöglichen. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei skeptisch, was die generelle Nutzung von Windenergie im Wald anbelange, aber in einem ökologisch nicht ganz so wertvollen Forstgebiet könnte immer von Fall zu Fall entschieden werden, ob ein Windrad eine vernünftige Option wäre. In der Summe werde mit der Holzbauwende, dem Waldmanagement sowie mit der Wärmewende gut beim Thema Holz in Deutschland vorangekommen.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, einige Forderungen im Antrag der Fraktion der AfD seien in Ordnung, aber die meisten von ihnen stünden nicht nur im Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für die 20. Wahlperiode, sondern seien bereits von der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden oder befänden sich kurz vor der Umsetzung. Dazu gehöre z. B. der Ansatz, Kleinprivatwaldbesitzer zu fördern, Forstbetriebsgemeinschaften zu unterstützen und ein digitales Waldmonitoring zu schaffen. Deswegen sei der Antrag der Fraktion der AfD überflüssig und werde von der Fraktion der FDP abgelehnt.

Die **Fraktion der AfD** betonte, Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft sei der wichtigste nachwachsende Rohstoff in Deutschland. In ihrem Antrag gehe es darum, dass sie im Gegensatz zur Novelle der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der Europäischen Union (EU) die Holznutzung weiterhin als erneuerbare Energie eingestuft haben wolle. Die Fraktion der AfD zeige in ihrem Antrag viele Maßnahmen auf, um die heimische Holznutzung bzw. Holzenergie zu fördern. Dazu gehöre, endlich eine Holzbauoffensive ins Leben zu rufen und auf den Weg zu bringen. Viele Fraktionen redeten immer nur darüber, dass dieses gemacht werden müsste. Im wahrsten Sinne des Wortes kämpfe die Fraktion der AfD zudem gegen Windmühlen. In ihrem Antrag habe die Fraktion der AfD als Forderung aufgenommen, dass sie Windkraftanlagen aus den Wäldern heraushaben wolle. Diese hätten dort nichts zu suchen. Ein weiteres Kernanliegen ihres Antrages sei die Forderung nach Erstellung eines Konzeptes von Bund und Ländern, um ein digitales Waldmonitoring zu etablieren und die beratenden forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu stärken. Grundlage für die angestrebte verstärkte Holznutzung als Erneuerbare Energie sei für die Fraktion der AfD, dass vom Bund und den Ländern eine Schätzung über die vorhandenen Vorräte der holzartigen Biomasse, getrennt u. a. nach Qualität und Quantität sowie unter Berücksichtigung der Holzarten, d. h. nach Waldrestholz, Industrieholz, Altholz im Sinne der Kaskadennutzung, vorgenommen werden müsse. Zudem fordere die Fraktion der AfD in ihrem Antrag, dass Forschungsprojekte zur Verbrennung von Resthölzern verstärkt gefördert werden sollten, um auch dort einen Schritt weiterzukommen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, im Antrag der Fraktion der AfD stimmten der Feststellungsteil und der Begründungsteil nicht überein. Der inhaltliche Schwerpunkt des Antrages der Fraktion der AfD sei die thermische

Nutzung des Holzes. Dabei sehe die Fraktion DIE LINKE. in den Forderungen der Fraktion der AfD die große Gefahr, dass bei deren Umsetzung eine Übernutzung der hiesigen Wälder stattfinden würde. Insofern habe die Fraktion DIE LINKE. große Zweifel, ob das, was in der Überschrift des Antrages der Fraktion der AfD stehe, durch den Antrag auch erreicht werden könnte.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/4323 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2022

Isabel Mackensen-Geis
Berichterstatterin

Dr. Oliver Vogt
Berichterstatter

Christina-Johanne Schröder
Berichterstatterin

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

